

"SMART CITY"

Widerstand gegen die ‚schillernd-bunte‘ Wundertüte

Von **Stefan Binder** (mailto:st.binder@manstein.at)

Donnerstag, 04. Juni 2020



Mehr als bunte Visualisierungen und Millionenkosten sind vom „Quayside“-Projekt in Toronto nicht übrig geblieben. Anfang Mai zog sich Google-Mutter Alphabet von dem Smart-City-Projekt zurück.

(/news/media/6/Sidewalk-Labs-Quayside-54872.jpeg)

Smart-City-Konzepte sollen Städte effizienter und das Leben der Bürger einfacher machen. Dennoch regt sich immer öfter Widerstand gegen die Idee. Kritiker warnen vor unkontrollierter Totalüberwachung.

Es hätte ein Vorzeigeprojekt „urbaner Innovation“ werden sollen: An den Ufern Torontos war „Quayside“ als vier Hektar großes neues Stadtviertel und „globaler Hub“ für Smart-City-Projekte geplant. Die Entwickler, ein Unternehmen namens Sidewalk Labs, versprachen 3.900 neue Arbeitsplätze und rund 1,5 Milliarden Euro an positiven Effekten für die kanadische Wirtschaft – sowie eine Smart City, wie sie im Lehrbuch steht: Sensoren und Kameras sollten Daten sammeln, um Wohnbau- und Verkehrspolitik, Abfallwirtschaft und Dienstleistungen der Stadt zu verbessern. Autonome Autos und Fahrräder sollten die Umweltbilanz aufpeppen; durchgängiges High-Speed-WLAN, beheizte Gehsteige sowie Parks und Erholungsgebiete hätten die Lebensqualität erhöhen sollen. Etwaigen Sorgen trat man mit dem Versprechen entgegen, dass Datenschutz eine hohe Priorität habe und Daten von Einwohnern ohne deren Einverständnis nicht verkauft werden sollten.

Trotzdem regte sich rasch Widerstand gegen das Projekt. Denn Sidewalk Labs plante offenbar größer als ursprünglich angekündigt: In Projektunterlagen war von 77 Hektar zu lesen, der Toronto Star berichtete sogar von insgesamt 141 Hektar Projektfläche. „Sie forderten zu viel Land, zu viel Kontrolle über Daten und zu viel politische Kontrolle“, so Joey Cressy, Stadtrat von Toronto, gegenüber CNN (<https://edition.cnn.com/2019/10/31/tech/alphabet-smart-city->

toronto/index.html). Das Vorgehen ist symptomatisch für das Unternehmen, das hinter dem Sidewalk Labs steht: Google-Mutter Alphabet wollte aus „Quayside“ ein Vorzeigeprojekt machen. Der prominente Name zog aber auch Skeptiker an.

Mangel an Transparenz

„Der Widerstand gegen das Projekt von Sidewalk Labs zeigt einen größeren Trend: Die Menschen stehen Privatisierung, dem Aushändigen von Geld, Ressourcen und der Kontrolle über öffentliches Leben an private Firmen kritischer gegenüber“, so Ben Green, Autor des Buches „The Smart Enough City“, in einem Artikel der Universität Pennsylvania (<https://knowledge.wharton.upenn.edu/article/whats-behind-backlash-smart-cities/>), die sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Dabei könnte man meinen, dass gerade Bürger von der Idee der Smart City profitieren. Hinter dem Begriff stehen eigentlich Entwicklungskonzepte, die Städte mithilfe von technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Innovation effizienter, inklusiver und fortschrittlicher machen sollen. Dennoch ist Toronto mit seinem Widerstand nicht allein.

„Was die Proteste verbindet, ist Angst“, meint Eugenie L. Birch, Direktorin am Penn Institute für Stadtforschung, in einem Interview mit der Digitalplattform Brink-News (<https://www.brinknews.com/why-is-there-a-backlash-to-smart-cities/>): „Menschen neigen dazu, zu glauben, dass Geräte, die unter dem Begriff Smart City verwendet werden, in ihre Privatsphäre eindringen.“ Es mangle an Transparenz darüber, was mit den Daten geschehe, darüber hinaus fehlten auch entsprechende Regeln: „Einige der Beschwerden sind gerechtfertigt, da es angesichts mangelnder Kontrolle über die Verwendung der gesammelten Daten wie im Wilden Westen zugehen kann.“ Selbst Anbieter in diesem Bereich würden inzwischen mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht begrüßen.

„Was die Proteste verbindet, ist Angst“

Eugenie L. Birch, Direktorin am Penn Institute für Stadtforschung

Noch härter ins Gericht mit dem Konzept gingen die deutschen Big Brother Awards: 2018 erhielt „Smart City“ den Preis für PR und Marketing. In ihrer Laudatio warnte die Datenschutzaktivistin Rena Tangens vor der „schillernd-bunten Wundertüte“, die mit dem Begriff verbunden werde: „Er verspricht allen das, was sie hören wollen: Innovation und modernes Stadtmarketing, effiziente Verwaltung und Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Sicherheit und Bequemlichkeit, für Autos grüne Welle und immer einen freien Parkplatz.“ Doch dahinter lauere eine Gefahr: „Die mit Sensoren gepflasterte, total überwachte, ferngesteuerte und kommerzialisierte Stadt.“ Smart Citys würden Bürger auf ihre Eigenschaft als Konsumenten reduzieren: „Eine Smart City ist die perfekte Verbindung des totalitären Überwachungsstaates aus George Orwells ‚1984‘ und den normierten, nur scheinbar freien Konsumenten in Aldous Huxleys ‚Schöne neue Welt‘.“



BigBrotherAwards 2018

von Digitalcourage e.V.

2:57:09



BigBrotherAwards 2018 (<https://vimeo.com/265814323>) from Digitalcourage e.V. (<https://vimeo.com/digitalcourage>) on Vimeo (<https://vimeo.com>).

Das Problem an Smart-City-Konzepten sei oft das Framing, so Iwona Laub vom Datenschutz- und Grundrechteverein epicenter.works (<https://epicenter.works/>) zum HORIZONT: „Während man vermeintliche Erleichterung für die Bevölkerung oftmals als Fortschritt verkauft, verstecken sich dahinter sehr oft Überwachungsmaßnahmen, die alle unter Generalverdacht stellen.“ Gegen Effizienzsteigerung oder technologischen Fortschritt sei dabei per se nichts zu sagen, so Laub. Schließlich gebe es tatsächlich Probleme wie den Verkehr, wo es klug sei, auf Technologien zurückzugreifen, um den öffentlichen Verkehr so zu planen, dass möglichst wenig an der Ampel gestanden wird. (</news/media/6/Iwona-Laub-54869.jpeg>)



(</news/media/6/Iwona-Laub-54869.jpeg>)

Iwona Lauf von epicenter.works

(/news/media/6/Iwona-Laub-54869.jpeg)

„Aber wenn man in sicheren Gegenden behauptet, man braucht jetzt spezielle Lösungen zur Verbrechensaufklärung, wo es gar nicht notwendig wäre, dann ist das die Lösung für ein inexistentes Problem.“ Die Vernetzung von Daten sei in vielerlei Hinsicht ein Kernproblem. „Wenn Smart Citys implementiert werden, sind PolitikerInnen und StatistikerInnen immer glücklich, weil sie viele Daten haben, die über die Stadt und das dortige Leben etwas aussagen können.“

„Es kann nicht das Ziel sein, Menschen völlig gläsern zu machen“

Iwona Laub, epicenter.works

Die Vernetzung der Daten lasse aber Rückschlüsse auf einzelne Personen zu, teilweise bei scheinbar harmlosen Anwendungen: Manche Städte hätten etwa Sensoren bei Parkplätzen, mittels App könne man dann freie Parkplätze suchen: „Wenn man sich nun aber registrieren müsste und die Daten immer in eine Datenbank gespeist werden, könnte man recht einfach nachverfolgen, wer wann wo parkt.“ Somit hätte man Bewegungsdaten von Personen. „Es kann nicht das Ziel sein, Menschen völlig gläsern zu machen. Es hat einen Grund, warum es gut ist, dass Krankenkassen nicht auf die Daten von Banken zugreifen können oder das Finanzministerium auf die Daten der Krankenkasse.“ Sobald man Datenbanken miteinander in Verbindung bringe, würden sie Schlüsse über Personen zulassen, die für sie zum Nachteil werden können. „So etwas hätte auch gesellschaftliche Folgen“, sagt Laub.

Andere Länder, andere Smart Citys

Für Österreich gibt sie jedoch vorsichtige Entwarnung: Derzeit sei epicenter.works kein hochproletarisches Projekt bekannt: „Wir schauen uns aber immer wieder Neues an, wenn es uns fragwürdig erscheint. Zum Beispiel haben wir zu den smarten Ampeln der Stadt Wien eine Anfrage gestellt, um herauszufinden, ob diese in irgendeiner Form der Überwachung dienen könnten, was sich schlussendlich zum Glück nicht bewahrheitet hat.“



Adobe Stock

Das Konzept Smart City wird in China anders aufgefasst als in Europa.

(/news/media/6/China-berwachung-54864.jpeg)

In anderen Ländern sieht das jedoch anders aus: Vor allem in China boomt die „smarte“ Kombination aus Datensammlung und Künstlicher Intelligenz. Die Totalüberwachung wird dabei ganz unverhohlen als Smart-City-Konzept verkauft, wie etwa bei SenseTime, Marktführer von Gesichtserkennungssoftware aus China. Es sei wichtig, beim Begriff Smart City genau hinzuschauen und sich jede einzelne Maßnahme für sich anzusehen, aber auch immer das große Ganze im Blick zu behalten, meint Laub: „Als öffentliche Hand sollte man die Anliegen der BürgerInnen immer höher halten und die Grundrechte wahren.“

Für Toronto kommt diese Einsicht wohl leider zu spät: Denn trotz bereits getätigter Millioneninvestitionen hat sich - Alphabet von dem Projekt Anfang Mai nach Jahren der Proteste zurückgezogen. Als Begründung für den Schritt wurden jedoch nicht der Widerstand und Datenschutzbedenken, sondern die Auswirkungen der Corona-Krise angeführt.